

09.437

Parlementarische Initiative

Büro-NR.

Erhöhung

**der Fraktionsbeiträge
zur Deckung der Kosten
der Sekretariate**

**Initiative parlementaire
Bureau-CN.**

**Augmentation des contributions
allouées aux groupes afin de couvrir
les frais de fonctionnement
de leurs secrétariats**

Differenzen – Divergences

Einreichungsdatum 28.05.09

Date de dépôt 28.05.09

Bericht Büro-NR 21.08.09 (BBI 2009 6197)

Rapport Bureau-CN 21.08.09 (FF 2009 5583)

Stellungnahme des Bundesrates 11.09.09 (BBI 2009 6205)

Avis du Conseil fédéral 11.09.09 (FF 2009 5591)

Nationalrat/Conseil national 21.09.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 23.11.09 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 26.11.09 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.12.09 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.09 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (AS 2009 6571)

Texte de l'acte législatif (RO 2009 6571)

**Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsressourcengesetz (Erhöhung der Fraktionsbeiträge)
Ordonnance de l'Assemblée fédérale relative à la loi sur les moyens alloués aux parlementaires (Augmentation des contributions allouées aux groupes)**

Ingress

Antrag des Büros

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Préambule

Proposition du Bureau

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 10

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Huber, Baader Caspar, Engelberger, Germanier, Parmelin, Walter)

Abs. 1

Der Grundbeitrag beträgt 112 000 Franken, der Beitrag pro Mitglied 20 800 Franken.

Art. 10

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Huber, Baader Caspar, Engelberger, Germanier, Parmelin, Walter)

Al. 1

Le montant de base s'élève à 112 000 francs, celui par député à 20 800 francs.

Huber Gabi (RL, UR): Unser Rat hat einmal etwas beschlossen, was nicht auf der Fahne stand, und wir waren dann der Meinung, der Ständerat könne das korrigieren.

Stattdessen hat er die Fraktionsbeiträge noch um etwa das Anderthalbfache der vorgeschlagenen Erhöhung angehoben.

Ich spreche hier für die Minderheit und für die FDP-Liberale Fraktion. Es geht darum, dass neu der Grundbeitrag 112 000 Franken und der Beitrag pro Mitglied 20 800 Franken betragen soll. Das wäre eine massvolle Erhöhung; es wäre eine Erhöhung von insgesamt etwa 916 000 Franken gegenüber heute, während der Ständerat eine Erhöhung von über 2,5 Millionen Franken beantragt. Es ist natürlich klar: Der Zeitpunkt für eine Erhöhung der Fraktionsbeiträge ist nie gut. Wir haben aber die Gründe in unserem ursprünglichen Bericht dargelegt, und diese Begründung für die Erhöhung gilt immer noch. Es wurde gesagt, die Tatsache, dass das Parlament die Fraktionsbeiträge selber bestimmen könnte, sei praktisch unanständig. Dieser Meinung sind wir absolut nicht, aber wenn wir schon das Privileg dieser Kompetenz haben, sollten wir diese Kompetenz massvoll benutzen. Ich möchte hier auch festhalten, dass es nicht darum geht, dass mehr Geld in die Taschen der Parlamentarier fliesst. Es geht vielmehr darum, die personellen Ressourcen der Fraktionen und damit das Milizparlament zu stärken und eben gerade nicht ein Berufsparlament zu installieren.

Die SVP-Fraktion unterstützt unsere Minderheit netterweise, will aber eigentlich nichts, nimmt das Geld dann aber doch. Die Interpretation dieser Haltung überlasse ich Ihnen.

Ich bitte Sie nochmals, Mass zu halten und die Minderheit zu unterstützen.

Häberli-Koller Brigitte (CEg, TG): Ich bitte Sie, dem Beschluss des Ständerates und dem Antrag der Mehrheit unseres Büros zuzustimmen und damit einen wesentlichen Schritt für unser Milizparlament zu tun.

Die Bedeutung der Fraktionen ist unbestritten. Sie prägen und ermöglichen die Arbeit in der Bundesversammlung. Es geht also darum, die Anzahl und die Komplexität der Geschäfte, die in unseren Räten zunehmen, effizient bewältigen zu können. Die Koordination der Arbeit der Delegationen in den Kommissionen zum Beispiel trägt wesentlich dazu bei, dass die Behandlung der Geschäfte zügig und zielgerichtet durchgeführt werden kann. Dazu braucht es Unterstützung durch die Fraktionssekretariate. Immer öfter werden Geschäfte vom Bundesrat im Dringlichkeitsverfahren vorgelegt; auch dafür braucht die Fraktion Unterstützung.

Beim Grundbetrag hat der Ständerat den gleichen Betrag wie der Nationalrat beschlossen. Beim Beitrag pro Mitglied hat er jedoch das heute geltende Verhältnis von 1 zu 5,4 eingehalten. Dies ergibt dann den Beitrag von 26 800 Franken. Die heutigen Beiträge machen rund 5 Millionen Franken aus. Die Erhöhung, wie vom Ständerat beschlossen, ergibt etwa 2,5 Millionen Franken zusätzlich.

Seit August 2000, also seit bald zehn Jahren, wurden die Fraktionsbeiträge außer an die Teuerung nicht mehr angepasst. Herr Ständerat Lombardi hat am letzten Montag im Ständerat dazu unter anderem Folgendes ausgeführt: «Die Parteien erachten es aus staatspolitischen Gründen als wichtig, dass die Ratsmitglieder und Fraktionen dafür nicht nur auf die Dienste von Verbänden und anderen Lobbyorganisationen zurückgreifen müssen, sondern sich primär durch parteiinterne Ressourcen beraten und unterstützen lassen können.» (AB 2009 S 1019) Diese Beiträge an die Fraktionen sind somit eine wichtige Stärkung unseres Parlamentes und damit auch des Volkes. Das Geld fliesst wirklich nicht in die Taschen der Parlamentarier. Es ist Geld für die Arbeit des Parlamentes.

Ich bitte Sie, dem Ständerat und der Mehrheit des Büros zu folgen und die Beiträge entsprechend anzupassen.

Wyss Ursula (S, BE): Wir sind angehalten, uns kurzzufassen. Meine Vorfriednerin hat inhaltlich bezüglich der Bedeutung der Fraktionen für das Parlament eigentlich alles schon gesagt. Ich möchte nur ganz kurz etwas sagen zum Aufruf von Frau Huber, dass wir hier Mass halten sollen. Ich bitte Sie, wirklich genau hinzuschauen, um welche Beiträge es sich hier handelt. Wir reden darüber, dass wir eine Aufstok-



kung von maximal 2,5 Millionen Franken beschliessen würden; das gäbe einen neuen Gesamtbetrag von ungefähr 7,5 Millionen Franken. Jetzt vergleichen Sie bitte einmal diese 7,5 Millionen Franken mit dem Budget einer einzigen Lobbyorganisation oder auch mit dem Budget der Verwaltung, das wir nächste Woche diskutieren werden, und Sie werden merken, dass der Beschluss des Ständerates sogar noch sehr massvoll ist. Nehmen Sie zum Beispiel den Stellenetat von Economiesuisse: Allein Economiesuisse beschäftigt nicht weniger als 58 Personen. Und jetzt schauen Sie einmal in Ihre Fraktionssekretariate, dann wissen Sie, dass wir dringend darauf angewiesen sind, diese aufzustocken, damit wir auch in Zukunft als Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier auf Augenhöhe mit unseren Lobbyisten reden können.

Schlüer Ulrich (V, ZH): Frau Wyss, ich möchte Sie fragen: Wenn Sie schon Vergleichszahlen nehmen, weshalb nehmen Sie nicht diejenigen der Gewerkschaften?

Wyss Ursula (S, BE): Ja, ich kann Ihnen die Zahl betreffend die Gewerkschaften gerne auch sagen: Es sind 25 Personen in der Zentrale. Das entspricht, glaube ich, ungefähr der Anzahl Personen, die Sie in Ihrem Parteisekretariat haben. Es geht ganz grundsätzlich um die Augenhöhe, die wir als Milizparlamentarier gegenüber jeder Sorte von Lobbyorganisation haben. Das schafft uns Unabhängigkeit, das schafft uns zusätzliche Glaubwürdigkeit, nicht nur gegenüber den Lobbyorganisationen, sondern sehr wohl auch gegenüber der Verwaltung.

Baader Caspar (V, BL): Unsere Fraktion lehnt die Erhöhung der Beiträge grundsätzlich ab. Frau Huber, ich lade Sie ein, mit Ihrer Fraktion in der Schlussabstimmung dasselbe zu tun. Das würde uns freuen.

Diese Erhöhung ist ein weiterer Schritt in Richtung staatlich finanzierte Parteien und in Richtung Berufsparlament. Wir wehren uns vehement gegen ein Berufsparlament, weil ein Milizparlament gegenüber einem Berufsparlament den ganz grossen Vorteil hat, dass das Know-how und die Erfahrung der Parlamentarier aus ihrer zivilen Tätigkeit genutzt werden können, und auch weil die Gefahr viel geringer ist, dass ein Graben zwischen Parlament und Bevölkerung entsteht. Zudem ist ein Milizparlament effizienter als ein Berufsparlament.

Die Mehrheit des Büros will die Fraktionsbeiträge von heute insgesamt 4,8 Millionen Franken nach dem Beschluss des Ständerates um sage und schreibe 2,6 Millionen Franken, das heisst um 53 Prozent, erhöhen, und das in einer Zeit der Rezession, in welcher der übrigen Bevölkerung überall Einsparungen abverlangt werden. Ein derartiger Griff des Parlamentes in die Bundeskasse, das heisst nach den Steuergeldern, welche uns von der Bevölkerung zur sorgfältigen Verwaltung anvertraut werden, ist ungeheuerlich. Wir können dieser Selbstbedienung nicht zusehen und stimmen daher zuerst dem Antrag der Minderheit Huber zu, der statt 2,6 Millionen immerhin nur rund 1 Million Franken kostet. In der Schlussabstimmung werden wir die Vorlage ablehnen. Sollten Sie dem Antrag der Mehrheit, der Erhöhung um 2,6 Millionen Franken, zustimmen, werden wir prüfen, wie wir künftig mit einer Volksinitiative solche Übergriffe des Parlamentes auf die Bundeskasse verhindern und die Entwicklung Richtung Berufsparlament stoppen können.

Zum Schluss appelliere ich an die geschätzten Damen und Herren der Linken: Seien Sie vernünftig! Bei den Banken und Unternehmen sind es ausgerechnet Sie, die dagegen kämpfen, dass sich die Verwaltungsräte selbst bedienen. Aber wenn es um Sie selbst geht, dann greifen Sie kräftig zu.

Widmer Hans (S, LU): Herr Kollega Baader, ich habe eine Frage an Sie. Nehmen wir an, der Beschluss gehe durch: Beziehen Sie von der SVP dann das Geld, oder refusieren Sie es und spenden es für einen guten Zweck? Wie wird Ihre Reaktion aussehen?

Baader Caspar (V, BL): Herr Widmer, ich habe Ihnen die Antwort gegeben. Ich habe angekündigt, was wir tun werden: Wir werden darüber nachdenken, ob wir eine Volksinitiative machen und wie wir diese machen, um diese Entwicklung einzuschränken und zu unterbinden.

Graf Maya (G, BL): Meine Vorrednerinnen ausser Frau Huber haben die Argumente, die für eine Erhöhung der Grundbeiträge für unsere parlamentarische Arbeit sprechen, bereits ausführlich dargelegt. Ich möchte daher in aller Kürze drei Argumente nochmals anführen:

1. Wer das Parlament stärken will, muss auch die Infrastruktur der Fraktionen stärken.
2. Die Geschäfte werden immer komplexer, die politischen Entscheide müssen immer schneller erfolgen. So müssen auch die Ressourcen des Milizparlamentes angepasst werden.
3. Die Unabhängigkeit des Parlamentes von Interessengruppen muss gestärkt werden, dies im unmittelbaren Interesse der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und unserer Demokratie.

Die grüne Fraktion wird darum den Antrag der Mehrheit des Büros des Nationalrates bzw. die ständerätliche Fassung unterstützen und den Antrag der Minderheit Huber ablehnen.

Engelberger Edi (RL, NW), für das Büro: Die Fahne liegt vor Ihnen, und Sie sehen, dass wir diese Vorlage am 21. September 2009 als Erstrat behandelt haben und dass wir ihr zugestimmt haben, und zwar mit einem Grundbeitrag von 144 500 Franken pro Fraktion und einem Beitrag von 20 000 Franken pro Mitglied. Das ergibt ein Total von 915 000 Franken. Später hat dann das Sekretariat festgestellt, dass wir nicht die Zahlen beschlossen haben, die das Büro vorgesehen hatte. Wir haben dann einen Brief an das Büro des Ständerates geschrieben, ich wurde im Ständeratsbüro angehört, und man hat diesen Lapsus auf der Fahne des Nationalrates zur Kenntnis genommen.

In der Folge machte das Büro des Ständerates eine ganz andere Lagebeurteilung und nahm eine massive Erhöhung der Beiträge vor. Es sah einen Grundbeitrag von 144 500 Franken vor und behielt den Quotienten von 5,4 bei, was pro Mitglied einen Beitrag von 26 800 Franken ergibt. Das ergibt die Summe von 2 587 800 Franken; das ist die genaue Zahl. Der Ständerat ist dem Antrag seines Büros gefolgt und hat ihm mit 28 zu 13 Stimmen und in der Gesamtabstimmung mit 31 zu 10 Stimmen ganz klar zugestimmt.

Das Büro des Nationalrates hat heute Morgen die Vorlage erneut ausgiebig diskutiert und schlussendlich der Fassung des Ständerates mit 7 zu 6 Stimmen zugestimmt. Es gibt eine Minderheit, die hier von Frau Huber vertreten wurde. Diese Minderheit unterstützt den Grundbeitrag und den Beitrag pro Mitglied, wie das Büro des Nationalrates diese vorgesehen hatte.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Mehrheit des Büros, dem Beschluss des Ständerates mit den Zahlen von 144 500 Franken und 26 800 Franken zuzustimmen.

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Herr Brunner möchte noch darauf hinweisen, dass im Sekretariat der SVP nicht 25 Personen angestellt sind, sondern halb so viele. (*Unruhe*)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.437/3176)

Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 75 Stimmen

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00

